

## **129. Deutscher Ärztetag** Leipzig, 27.05. - 30.05.2025

TOP Ic Gesundheits-, Sozial- und ärztliche Berufspolitik: Aussprache zur Rede

des Präsidenten und zum Leitantrag - Aktuelle Fragen der ärztlichen

Berufsausübung

Titel: Neubewertung der Risiken zentraler Speicherung von Gesundheitsdaten

## **Beschlussantrag**

Von: Wieland Dietrich als Abgeordneter der Ärztekammer Nordrhein

Christa Bartels als Abgeordnete der Ärztekammer Nordrhein Dr. Silke Lüder als Abgeordnete der Ärztekammer Hamburg Dirk Paulukat als Abgeordneter der Landesärztekammer Hessen Sebastian Exner als Abgeordneter der Ärztekammer Nordrhein Dr. Christel Kreuzer als Abgeordnete der Ärztekammer Nordrhein Dr. Stefan Schröter als Abgeordneter der Ärztekammer Nordrhein Prof. Dr. Bernhard Hemming, MPH als Abgeordneter der Ärztekammer

Nordrhein

Dr. Rainer M. Holzborn als Abgeordneter der Ärztekammer Nordrhein

Dr. Stefan Streit als Abgeordneter der Ärztekammer Nordrhein Mira Faßbach als Abgeordnete der Ärztekammer Nordrhein Dr. Christian Messer als Abgeordneter der Ärztekammer Berlin

Die Abgeordneten des 129. Deutschen Ärztetages 2025 fordern die mit dem Thema Gesundheitsdaten und Datenschutz befassten Akteure in Ärzteschaft, Politik und Gesellschaft auf, die Risiken der zentralen Speicherung von Gesundheitsdaten einer Neubewertung zu unterziehen.

Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund der dramatischen politischen Veränderungen in den USA.

Es besteht das Risiko, dass Gesundheitsdaten auch aus Deutschland zukünftig noch weniger geschützt werden können, weil

- a) die Begehrlichkeiten des Zugriffs auf Gesundheitsdaten durch andere Staaten zunehmen könnten,
- b) das Schutzniveau bei der Verwendung von Gesundheitsdaten generell abgesenkt zu werden droht, womöglich auch wegen der Erwartung monetärer Vorteile durch deren Nutzung,

Angenommen:	Abgelehnt:	Vorstandsüberweisung: Entfallen	: Zurückgezogen:	Nichtbefassung:
				_

Stimmen Ja: 0 Stimmen Nein: 0 Enthaltungen:0

## **129. Deutscher Ärztetag** Leipzig, 27.05. - 30.05.2025

c) die Risiken für die unerlaubte Nutzung bzw. Entwendung von Gesundheitsdaten, etwa infolge von Cyberangriffen, zunehmen können.

Begründung:

mündlich